

»Es ist nicht damit getan, Kontakte offenzulegen«

Bundestag stoppte geheime Vergabe von Hausausweisen an Lobbyisten. Es bleibt aber noch viel zu tun. Ein Gespräch mit Gregor Hackmack

Ralf Wurzbacher

Der Bundestag hat am Montag die geheime Vergabe von Hausausweisen an Lobbyisten gestoppt. Ab sofort werden keine neuen Einlasstickets mehr für Wirtschafts- und Verbandsvertreter ausgegeben. Außerdem soll ein komplett neues Regelwerk für den Zugang von Externen zum Parlament erarbeitet werden. Hat Sie der Schritt überrascht?

Es hat uns schon ein wenig verblüfft, wie schnell plötzlich alles gegangen ist, nachdem sich bisher ja vor allem CDU und CDU bei dem Thema so stur gezeigt hatten. Die Debatten der vergangenen Monate haben augenscheinlich zu einem Umdenken geführt. Der Auslöser war sicherlich unsere erfolgreiche Lobbyklage, in deren Folge die Namen der Inhaber der durch die Fraktionen vergebenen Hausausweise offengelegt werden mussten. Seither ist für jeden sichtbar, wie nah die Abgeordneten tagtäglich den Abgesandten von Rüstungsschmieden, Banken, Versicherungen, Verbänden, Konzernen und Kanzleien kommen. Das kratzt am guten Ruf des vermeintlich unabhängigen Volksvertreters.

Auf ein Hausverbot für Lobbyisten läuft es aber auch nicht hinaus ...

Nein. Es steht ja nun die Neuvergabe der Hausausweise für 2016 an. Darüber soll künftig wohl allein die Bundestagsverwaltung entscheiden. Zuletzt geschah das nur in etwa der Hälfte der Fälle, rund 1.000 Ausweise wurden dagegen unter dem Tisch direkt durch die Fraktionen mit Unterschrift des jeweiligen parlamentarischen Geschäftsführers verteilt. Damit soll jetzt Schluss sein. Allerdings muss man abwarten, wie transparent die kommenden Vergabekriterien sein werden.

Was wünschen Sie sich?

Die Abschaffung der Geheimvergabe ist ohne Frage ein wichtiger Schritt gegen den

Hinterzimmerlobbismus, der durch die bisherige Praxis gefördert wurde. Die neuen Überlegungen gehen Berichten zufolge dahin, die Ausgabe der Papiere an den Eintrag in eine Firmen- und Verbändeliste zu koppeln. Außerdem soll sie wohl auch zahlenmäßig begrenzt werden. All das begrüßen wir. Für uns können das aber nur erste Schritte auf dem Weg zu einem umfassenden, verbindlichen Lobbyregister nach kanadischem Vorbild sein. Darin müssen Interessenvertreter detailliert Auskunft geben, mit welchen Politikern sie sich treffen und um welche Themen, Projekte und möglichen Gesetze es dabei geht. Auch muss Klarheit darüber her, mit welchen Summen die Lobbyisten hantieren, um ihre Interessen durchzusetzen.

Trauen Sie das der Bundesregierung zu? Die SPD hat ihren in der Vorregierungszeit beim Thema an den Tag gelegten Eifer längst vergessen, und die Union beließe ohnehin lieber alles beim alten.

Ohne politischen Druck wird es nichts werden mit einem echten Lobbyregister. Wir werden deshalb auch weiterhin unsere Vorschläge machen und damit an die Öffentlichkeit gehen. Zum Beispiel ist es nicht damit getan, nur die Kontakte von Abgeordneten offenzulegen. Gesetzesvorlagen werden ja in aller Regel in den Ministerien ausgearbeitet. Es muss auch darüber Klarheit her, wer dort wie oft ein- und ausgeht und worüber etwa ein Staatssekretär mit welchem Industrievertreter redet.

Haben Sie konkrete Kenntnisse, ob die Dinge jetzt in Ihrem Sinne vorankommen?

Hauptblockierer sind und bleiben die Unionsparteien. Die sehen nach wie vor keine Notwendigkeit für eine durchgreifende Neuregelung und verweisen allen Ernstes auf die unter Willy Brandt eingeführte Verbändeliste von 1972. Dieser Katalog ist inhaltlich völlig unzureichend, und die Eintragung ist noch dazu freiwillig. Dass das nicht reicht, sehen inzwischen sogar Lobbyisten so. Jetzt müssen wir auch noch CDU und CSU überzeugen.

Die SPD nicht?

Zumindest war die Einführung eines Lobbyregisters noch Bestandteil ihres letzten Wahlprogramms. In der Koalition wurde das Thema dann aber aufgegeben, was daran liegen mag, dass die Durchsetzungsfähigkeit mit 25 Prozent Wählerstimmen an Grenzen stößt. Aber man sieht ja jetzt beim Thema Hausausweise, was sich mit öffentlichem Druck verändern lässt. Ich bin deshalb guter Dinge. Am Ende werden sich beide Regierungsfractionen bewegen müssen.

Gregor Hackmack ist Geschäftsführer der Internetplattform www.abgeordnetenwatch.de, die sich für mehr Transparenz und gegen Lobbyismus im politischen Betrieb engagiert

<http://www.jungewelt.de/2016/01-13/005.php>